

RP+ Schäden durch Bergsenkungen befürchtet

Kommunen klagen gegen weiteren Salzabbau am Niederrhein

Kreis Wesel · Der Bergbau-Konzern K+S will südlich von Xanten sowie zwischen Alpen und Rheinberg Salz abbauen. Die Kommunen befürchten durch Bergsenkungen langfristig Schäden. Deshalb klagen sie.

15.05.2025 , 12:44 Uhr · 6 Minuten Lesezeit



In einem gemeinsamen Pressegespräch kündigten Vertreter aus Xanten, Rheinberg, Alpen und Sonsbeck an, dass sie gegen den Planfeststellungsbeschluss klagen.
Foto: Armin Fischer (arfi)



Von **Markus Werning**

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Die Kommunen Rheinberg, Xanten, Alpen und Sonsbeck gehen juristisch gegen die Genehmigung für einen weiteren Salzabbau am Niederrhein vor. Wie die Städte und Gemeinden in einem Pressegespräch im Kreishaus in Wesel ankündigten, werden sie vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster gemeinsam Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss einreichen, mit dem die Bezirksregierung Arnsberg am 9. April dem Bergbau-Konzern K+S den Rahmenbetriebsplan zur Erweiterung der Gewinnungsflächen zugelassen hat. Das Unternehmen will südlich von Xanten sowie zwischen Alpen und Wallach unterirdisch zwei neue Abbaugebiete erschließen. K+S betreibt das Steinsalzbergwerk Borth.

Am Niederrhein werde seit Jahrzehnten Salz abgebaut, sagte Alpens Bürgermeister Thomas Ahls. Deshalb müssten sich die Menschen auch schon mit Bergsenkungen auseinandersetzen. Im Winter 2023/24 hätten zum Beispiel die Anwohner in Menzelen mit erhöhten Grundwasserständen und nassen Kellern zu kämpfen gehabt, nachdem der Rhein Hochwasser gehabt habe und dauerhaft Regen gefallen sei. Durch den weiteren Salzabbau werde die Situation „nicht verbessert“, und viele Fragen seien ungeklärt. „Wir werden daher Klage erheben.“

Warum der Kreis Wesel nicht klagt

Auswirkungen Der weitere Abbau soll bei Xanten, Alpen und Rheinberg sein, aber Sonsbeck wäre ebenfalls betroffen, wenn auch weniger als die anderen Kommunen, sagte Bürgermeisterin Nadine Bogedain. Die Auswirkungen des neuen Nordwestfelds von K+S würden bis Sonsbeck reichen, erklärte Bauamtsleiter Georg Schnitzler. Die Kommune befürchte, dass der Hochwasserschutz unter den Bergsenkungen leide und Starkregenereignisse künftig größere Schäden anrichten könnten. „Das treibt uns mit Sog um.“

Zusammenarbeit Der Kreis Wesel schließt sich der Klage nicht an. Die Kreisverwaltung habe das geprüft, sehe aber keine Klagebefugnis, erklärte Landrat Ingo Brohl. Der Kreis sei Träger der Landschaftsplanung, aber die Ziele der Landschaftsschutzplanung seien trotz des unterirdischen Salzabbaus weiter erreichbar. Der Kreis Wesel unterstütze aber die anderen Kommunen fachlich. Die Städte und Gemeinden betonten, wie gut die Zusammenarbeit sei, auch untereinander. Jede Verwaltung für sich allein wäre sonst damit überfordert gewesen, erklärten sie.

Begründung Die Kommunen begründen ihre Klage zum Beispiel mit ihrer Planungshoheit. Durch die Bergsenkungen könne die Entwicklung von Baugebieten erschwert werden, erklärte Xantens Technischer Beigeordneter Niklas Franke. Wenn die Kommunen weniger Grundstücke erschließen und verkaufen könnten, könne auch ihre Finanzhoheit eingeschränkt sein. Außerdem würden Schäden an kommunalen Einrichtungen wie Straßen und Kanälen befürchtet.

Zwar hätten die Kommunen in den vergangenen Monaten „konstruktive Gespräche“ mit K+S geführt und ihre Befürchtungen deutlich gemacht, sagte Thomas Ahls weiter. Das Unternehmen habe auch Zusagen gemacht. Die Städte und Gemeinden hätten dadurch „einen Teilerfolg“ erreicht, sagte Xantens Bürgermeister Thomas Görtz. Die Kommunen wollten die Gespräche mit K+S auch fortsetzen. Parallel dazu würden sie ihre Klage einreichen. „Um das, was für unsere Region erreichbar ist, auch erreichen zu können.“ Die Zusicherungen des Unternehmens verbesserten die Informationslage der Kommunen, aber dadurch seien ihre Befürchtungen nicht ausgeräumt, erklärte Thomas Görtz. „Deswegen werden wir auf jeden Fall klagen, um auch den Druck aufrechtzuerhalten.“

RP+ Rahmenbetriebsplan für K+S in Rheinberg
Das Land genehmigt weiteren Salzabbau

RP+ Geplante Salzabbau-Erweiterung
„Wir als Bevölkerung baden es aus“

In Punkt Drei des Planfeststellungsbeschlusses stünden die bisherigen „Zusicherungen des Unternehmers“, erklärte Xantens Technischer Beigeordneter Niklas Franke. K+S verspreche ein engmaschiges Monitoring, außerdem wolle das Unternehmen in einem 3D-Geländemodell darstellen, welche Folgen durch den Bergbau zu erwarten seien. Darüber hinaus solle das künftige Berichtswesen in einer Arbeitsgruppe erörtert werden.

Die vielleicht stärkste Zusicherung von K+S sei, dass die weiteren, noch zu genehmigenden Betriebspläne innerhalb des Rahmenbetriebsplans nicht den überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen sollten, sagte Niklas Franke. Dazu gehörten der Hochwasserschutz und nicht ausgleichbare Bergschäden an der Infrastruktur. Schließlich wolle das Unternehmen denkmalgeschützte Gebäude wie den Xantener Dom „besonders verbolzen und vermessen“, damit genau beobachtet werden könne, wie sich die Gebäude in Zukunft verhalten würden.

Mit K+S sei schon abgesprochen worden, dass diese Zusicherungen noch in einer Vereinbarung konkretisiert würden, erklärte Niklas Franke. In dieser Vereinbarung solle auch festgelegt werden, wie bei Bergschäden vorgegangen werde. „Parallel werden wir aber klagen und unsere Belange geltend machen“, bekräftigte auch Niklas Franke. „Egal, was wir

auf dem Verhandlungsweg erreichen, es wird nicht das sein, was wir eigentlich wollen“, sagte Thomas Görtz. Er verdeutlichte: „Am liebsten hätten wir, dass K+S nicht so weit abgräbt.“

Denn die geplanten Abbauflächen seien „gewaltig“, sagte Rheinbergs Bürgermeister Dietmar Heyde. „Bei uns wären Borth und Wallach dann nahezu komplett unterkellert.“ Die Kommunen hätten auch schon in den Gesprächen darauf gedrängt, dass K+S weniger weit abbaue, erklärte Thomas Ahls. Aber das Unternehmen habe entgegnet, dass sich das gesamte Vorhaben wirtschaftlich dann nicht mehr lohne. Unwirtschaftlich sei es auch, habe K+S erklärt, die Stollen nach dem Salzabbau wieder zu verfüllen.

Die Folgen des Bergbaus, also die Bergsenkungen, seien erst in vielen Jahren zu beobachten, ergänzte Niklas Franke. Deshalb müsse sichergestellt werden, dass Bergschäden auch in vielen Jahrzehnten noch beglichen würden. Die Frage sei auch, was passiere, wenn ein Bergbau-Unternehmen irgendwann nicht mehr existiere. Ungeklärt sei ebenfalls, wer einen Bergschaden feststelle – das Unternehmen selbst oder ein neutraler Dritter? „Dafür Regeln zu finden, ist eine Herausforderung.“

Auch K+S müsse ein Interesse daran haben, eine Einigung zu erzielen, sagte Landrat Ingo Brohl. Es gebe keinen Zweifel daran, dass im Boden wichtige Salze lägen, zum Beispiel für Medizinprodukte. Aber ein Abbau müsse von der Bevölkerung auch akzeptiert werden. Dafür sei „ein ganz zentrales Momentum“, wenn K+S wie angekündigt der Schlichtungsstelle für Bergschäden beitrete, sagte Dietmar Heyde. Sonsbecks Bauamtsleiter Georg Schnitzler betonte, dass es den Kommunen nicht darum gehe, den Salzbergbau in der Region zu verhindern. Aber seine Folgen müssten beherrschbar bleiben.

(wer beaw)

RP+

Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel mit bis zu 10 Freunden teilen 🎁

Link kopieren